



„Wenn nichts weitergeht, wäre es besser, wir wählen früher als 2013“

LINZ. Die neuen Vorwürfe gegen Peter Westenthaler, die BZÖ-Linie bei Wehrpflicht und Bildung, Vorstellungen vom Wieder-Mitregieren: Themen, über die BZÖ-Landesobfrau und Nationalratsabgeordnete Ursula Haubner im OÖNachrichten-Interview sprach.

VON HEINZ STEINBOCK

OÖN: Gegen Peter Westenthaler gibt es massive Vorwürfe, er habe als Bundesliga-Vorstand 2003 Jugend-Fördergeld missbräuchlich verwendet. Wird Westenthaler nicht langsam zum Problem für das BZÖ?

HAUBNER: Die Vorwürfe sind für mich Teil einer politischen Vernaderung. 2005 hat das Bundeskanzleramt festgestellt, dass die Beträge widmungsgemäß verwendet wurden, ebenso die Bundesliga. Das BZÖ hat kein Imageproblem, und auch keine Altlasten.

„Die Vorwürfe sind für mich Teil einer politischen Vernaderung.“

über Vorwürfe gegen BZÖ-Abgeordneten Peter Westenthaler, er habe in seiner Zeit als Bundesliga-Chef Fördergeld missbräuchlich verwendet

OÖN: Sie stehen auch persönlich zu Westenthaler?

HAUBNER: Er ist Teil des BZÖ, und die Fakten sprechen klar dafür, dass es zu keinen Ungeheimheiten gekommen ist.

OÖN: Das BZÖ ist für ein Freiwilligen-Heer, kritisiert aber gleichzeitig Verteidigungsminister Norbert Darabos (SP) für sein präferiertes Bundesheer-Modell. Was ist der Unterschied?

HAUBNER: Wir wollen ein professionelles Bundesheer, das seinen Aufgaben auch gerecht werden kann, mit einer starken Freiwilligen- und Milizkomponente. Wir wollen auch, dass die Wehrpflicht ausgesetzt wird. Der Unterschied ist, dass Darabos durch seine unprofessionelle Vorgehensweise mit der Sicherheit spielt. Wir haben schon im Sommer 2010 gesagt, man muss die Sicherheitsdoktrin überarbeiten, ob sie zeitgemäß ist, und aufgrund dessen ein neues Modell erarbeiten. Darabos zäumt das Pferd von hinten auf und legt sich auf ein Modell fest. Und das ist unprofessionell.



BZÖ-Landeschefin Ursula Haubner

Foto: Weibold

OÖN: BZÖ-Bundesobmann Josef Bucher hat angekündigt, dass er das Bildungsvolksbegehren von Hannes Androsch unterschreiben wird. Ist das Parteilinie?

HAUBNER: Alles, was die Bildungsreform beschleunigt, ist gut. Vieles, was in dem Volksbegehren drinnen steht, deckt sich mit unseren Ansichten. Zum Beispiel, Parteipolitik raus aus der Schule. Oder Stärkung der Schulautonomie. Sepp Bucher hat gesagt, er wird unterschreiben, aber es gibt keine Empfehlung des BZÖ dafür. Jeder wird das so handhaben, wie er denkt, denn wir haben gesagt, wir wollen keine parteipolitische Vereinnahmung des Volksbegehrens.

OÖN: Werden Sie es unterschreiben?

HAUBNER: Ich habe mir den Text noch nicht so genau ange-

schaht, aber es sind viele Punkte drinnen, denen ich zustimmen kann. Nur: Es ist traurig, wenn wir nötige Reformen mit einem Volksbegehren untermauern müssen, nur weil die Regierung unfähig ist, etwas umzusetzen. Brauchen wir bald ein Volksbegehren für die Verwaltungsreform? Für die Gesundheitsreform? Da herrscht genauso Stillstand.

OÖN: Sie waren selbst Sozialministerin. Ist es für Sie eine realistische Variante, dass das BZÖ wieder einmal Regierungspartei wird, oder war das ein historisches Kapitel?

HAUBNER: Jede Partei, wenn sie verantwortungsvoll ist, muss sich so ausrichten, dass sie in Verantwortung treten kann, im Bund oder im Land. Und das BZÖ tut das mit seinen Konzepten.

OÖN: So, wie sich die politi-

Interview

sche Landschaft darstellt, ist das aber derzeit nur Theorie.

HAUBNER: Man muss sich auch in Österreich davon entfernen, dass es im Bund nur Zweierkoalitionen gibt. Es wäre auch schon 2008 eine andere Form der Koalition möglich gewesen. Dass drei Parteien zusammengehen. Ich bin mir sicher, dass dann mehr weitergehen würde als bei dieser althergebrachten SPÖ-ÖVP-Koalition. Wenn auch in diesem Jahr nichts weitergeht, wäre es vielleicht besser, wir wählen früher als 2013.

„Man muss sich auch in Österreich davon entfernen, dass es im Bund nur Zweierkoalitionen gibt.“

über Wünsche des BZÖ, noch einmal mitzuregieren

OÖN: Das klingt wie ein Angebot an ÖVP und FPÖ.

HAUBNER: Was heißt Angebot? Es war 2008 so, dass nicht unbedingt eine SP-VP-Koalition hätte herauskommen müssen. Es hätte andere geben können, Schwarz-Grün-Orange zum Beispiel, oder auch mit der FPÖ, warum nicht? Da geht es mir nicht um persönliche Befindlichkeiten.

OÖN: Gerade die FPÖ scheint als einzige Oppositionspartei von der Schwäche der Regierung zu profitieren, sie läuft Ihnen in der Wählergunst davon.

HAUBNER: Das sehe ich nicht so, wir profitieren auch. Wir bewegen uns laut Umfragen bei acht bis zehn Prozent, das ist für eine junge Partei eine gute Richtung.

OÖN: FP-Landesrat Manfred Haibuchner will sich als einer präsentieren, der mit der oberösterreichischen FPÖ einen liberalen Kurs fahren will. Glauben Sie ihm das?

HAUBNER: Das ist eine von vielen Absichtserklärungen, wie vieles in der FPÖ. Ich sage: Da muss er sich zuerst von seiner Mitgliedschaft in manchen Vereinen trennen.